

# Stadt soll nur ein Flüchtlingshaus bauen

Ratsmehrheit votiert für kleinere Lösung am Sechtemer Weg. Verwaltung hatte zwei Gebäude vorgeschlagen

VON ANTJE JAGODZINSKI

**BORNHEIM.** Ein Haus statt zweien soll die Stadt Bornheim als Flüchtlingsunterkunft auf der ehemaligen Müllkippe am Sechtemer Weg errichten. Das hat der Rat am Donnerstag bei einer Gegenstimme von Paul Breuer (ABB) und einer Enthaltung von Bernhard Strauff (CDU) beschlossen. Nach der Nutzung als Bleibe für 64 Asylbewerber soll der Festbau zum Mehrfamilienhaus mit zwölf bis 16 Wohnungen umgestaltet werden.

Ehe die Verwaltung das Vorhaben umsetzt, soll sie die Bürger in einem Gespräch zu den Plänen informieren. Dabei war den Fraktionen, insbesondere der FDP, wichtig, dass die Stadt eines nicht verschweigt: Dass es nicht ausgeschlossen ist, dass die Politik zu einem späteren Zeitpunkt anders über ein zweites Gebäude denkt. Das könnte dann der Fall sein, wenn die Stadt nicht ausreichend andere Standorte für Flüchtlingsunterkünfte findet.



Auf der ehemaligen Müllkippe am Sechtemer Weg soll ein Flüchtlingsheim entstehen, das später als Mehrfamilienhaus dienen kann. FOTO: ROLAND KOHLS

unterkünfte findet.

Dass der Druck groß ist, weitere Plätze zu schaffen, hatten die Beigeordneten Markus Schnapka und Manfred Schier jeweils in Vorträgen noch einmal verdeutlicht (siehe auch Text zu Flüchtlingszahlen). Die Stadt geht davon aus, für 600 weitere Plätze sorgen zu müssen, um Obdachlosigkeit zu vermeiden. Dabei fällt vor allem ins Gewicht, dass im März/April Ersatz für die 200 Plätze in der Unterkunft Am Ühlchen vonnöten ist, die dann wieder Erntehelfern zur Verfügung stehen soll. Zudem will die Stadt die Turnhalle an der Johann-Wallraf-Schule (150 Plätze) wieder freigeben. Auch die Turnhalle der Verbundschule Uedorf, in der ab Mitte März 60 Flüchtlinge unterkommen sollen, ist nur zur Überbrückung vorgesehen.

Am besten wäre es, jeden Monat einen neuen Standort zu realisieren, sagte Schier. Bis 10. März sollen die Ortsvorsteher Vorschläge für mögliche Flächen machen. Die Festbauten, die später als Sozialwohnungen dienen könnten, seien „mehr als sinnvoll, um den Wohnungsmarkt nicht weiter unter Druck zu setzen“, so Schier. Sie bräuchten aber auch etwa ein Jahr Planungs- und Bauzeit, weshalb der Zeitraum bis zur Fertigstellung mit weiteren Containerunterkünften überbrückt werden müsse.



Für das städtische Grundstück am Sechtemer Weg (siehe Grafik) sah der ursprüngliche Vorschlag der Verwaltung vor, zwei Gebäude zu errichten, um Platz für 130 Flüchtlinge zu schaffen (der GA berichtete). Das erschien der Mehrheit der Fraktionen aber als zu viel. „In die Struktur am Sechtemer Weg passt so ein massiver Klotz nicht hin“, plädierte CDU-Fraktionschefin Petra Heller dafür, nur ein Haus zu bauen und am Konzept der Stadt festzuhalten, dezentrale und kleine Einheiten zu schaffen. Auch Wilfried Hanft (SPD) machte deutlich, dass seine

Fraktion zwei Festbauten aufgrund der Massivität ablehne: „Aber wir sollten mit Hochdruck an Alternativen arbeiten.“ Maria Koch (Grüne) warnte davor, nicht soziale Brennpunkte zu schaffen. Für die ABB kündigte Einzelratsmitglied Paul Breuer an, weder einer Ein- noch einer Zwei-Häuser-Lösung zuzustimmen und verwies auf die Grundsatzentscheidung seiner Wählergemeinschaft (der GA berichtete). Für einen Antrag, das Thema von der Tagesordnung zu nehmen, da die Zeit für die öffentliche und interne Diskussion zu knapp gewesen sei, stimmte nur er

## Aktuelle Flüchtlingszahlen

**760 Flüchtlinge**, darunter 89 geduldete Personen, leben nach neuesten Angaben der Stadtverwaltung im Bornheimer Stadtgebiet.

Die größte Zahl von ihnen, 261 Menschen, hat derzeit in den **Erntehelferunterkünften** Am Ühlchen eine Bleibe. 177 Personen sind in **Übergangswohnheimen** untergebracht, 156 in **Wohnungen und Häusern**. Die **Turnhalle** der Johann-Wallraf-Grundschule beherbergt derzeit 80 Flüchtlinge, und für 17 hat die Stadt **Hotelzimmer** gebucht. 69 Asylbewerber haben einen **eigenen Mietvertrag** abgeschlossen.

selbst. „Das Thema ist weder Ihnen noch den Bürgern neu“, bemerkte Schier im Verlauf der Sitzung. Der Standort sei im Zuge der früheren Pläne für eine Containerunterkunft „sehr ausführlich“ auch mit der Bürgerschaft vor Ort diskutiert worden.

Bei der Suche nach weiteren Standorten „nicht zu optimistisch“ zu sein, warnte unterdessen Hans Gerd Feldenkirchen (UWG). Er sprach sich zwei Häuser aus. „Jeder Platz, den Sie jetzt weniger beschließen, forciert die Erschließung weiterer Turnhallen“, mahnte auch Sozialdezernent Schnap-

ka. Die Stadt geht derzeit davon aus, dass ihr bis zu **50 Flüchtlinge pro Monat** zugewiesen werden. Bis zum Jahresende 2016 rechnet sie nach ihren jüngsten eigenen Prognosen mit 1190 Personen (zuletzt war sie von 1500 Menschen bis Juni ausgegangen).

In der nächsten Zeit möchte sie in Übergangswohnheimen in **Kardorf** 60 und in **Widdig** 20 Personen unterbringen. Für **Dersdorf** sind 60 Plätze, für **Hemmerich** 22 und für **Brenig** 30 vorgesehen. In **Sechtem** und **Waldorf** sollen jeweils 100 bis 200 Personen unterkommen. Bürgergespräche sind in Vorbereitung. *hes*

ka. Er sei selbst ein Verfechter von kleinen, dezentralen Unterkünften, doch je weniger neue Plätze geschaffen würden, desto schwieriger werde es, die Turnhallen freizugeben. Er sehe das nicht so skeptisch, wandte Bürgermeister Wolfgang Henseler ein: „Die reduzierte Form hilft uns auch schon weiter.“ Für die Variante mit einem Haus gab es schließlich eine klare Mehrheit. Im nicht-öffentlichen Teil der Sitzung ging es dann noch um die Vergabe. Laut Henseler beauftragte der Rat die Verwaltung, Gespräche mit einem von drei Anbietern für das geplante Haus zu führen.